

# Junglehrernot und starke Auseinandersetzungen in der „Gesellschaft der Freunde“

Die Junglehrernot in den Jahren 1929 bis 1933 führte zur Verzweiflung und Radikalisierung der jungen Generation und zu heftigen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft der Freunde. Vor welchen Problemen nicht nur die Hamburger Lehrerschaft stand, welche Auswirkungen dies für die Gesellschaft der Freunde, die Hamburger Schulpolitik hatte, soll hier beschrieben werden. Hätte es Alternativen gegeben? Und welche Konsequenzen hatte es für die Kolleginnen und Kollegen, die für radikalere und konsequentere Gegenwehr eintraten? Was schrieb die HLZ dazu?

In der Festschrift zum 175ten Jubiläum der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens/GEW, die im Auftrag der Hamburger GEW 1980 veröffentlicht wurde, gibt es einen Beitrag von Corinna Hauswedell-Bading, die sich mit der „Gesellschaft der Freunde in der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1933“ beschäftigt. Corinna Hauswedell-Bading hat dafür unter anderem die HLZ in dieser Zeit ausgewertet. Sie kommt zu dem Ergebnis: „Die ‚Gesellschaft‘ sah sich deshalb ab 1930 vor die Situation gestellt, dass die in den zwanziger Jahren teilweise erreichte Sonderstellung Hamburgs im Bildungsbereich – die reformpädagogischen Ansätze in der Volksschule, die verbesserte Lehrerbildung der Volksschullehrer sowie ihre soziale und materielle Höhereinstufung – in kürzester Zeit durch die Krise verloren ging.“ (Festschrift 1980, S. 108)

In mehreren Notverordnungen wurden schrittweise die Beamtenebenbezüge und Lehrergehälter gesenkt, das Kindergeld halbiert und die Länder ermächtigt, eigenständig weitere Sparmaßnahmen vorzunehmen – was sie auch taten.

Somit bekam ein Lehrer mit zwei Kindern Ende 1932 nach Abzug aller Kürzungen 417,84 Reichsmark. Im Jahre 1930 dagegen 538,70 Reichsmark. Versprochene Preissenkungsmaßnahmen wurden nicht durchgeführt.

Die Gesellschaft der Freunde blieb in diesen Zeiten nicht untätig und wortlos. Die HLZ berichtet immer wieder über zahlreiche Protestversammlungen im Curio-Haus. Hauswedell-Bading stellt fest: „Auf einer gut besuchten Versammlung am 8. Oktober 1931 wurde der Senat in einer Resolution aufgefordert, ‚bei eintretender Besserung der Finanzlage das Besoldungsrecht‘ sofort wiedergutzumachen, und der Vorsitzende Küchler richtete an die Versammlung die Aufforderung, ‚dem Schulsenator in seinem Kampf gegen die allmächtige Hochfinanz den Rücken zu stärken‘. Einige Anwesende stimmten gegen die vorgelegte Resolution, ‚weil sie ihnen nicht scharf genug gehalten‘ war.“ (Ebd., S 110)

Die HLZ berichtete in zunehmendem Maße unter Überschriften wie „Schulen in Opposition“ über Protestschreiben von Lehrerkollegien und Elternräten an

Behörde und Senat. Berichtet wurde auch, dass in manchen Schulen über Schulstreiks diskutiert wurde. Denn die Sparpolitik in der Schule hatte dazu geführt, dass der Klassendurchschnitt mittlerweile auf eine Größe von 39,6 Kindern in der Klasse gesteigert werden sollte, was „real für viele Klassen weit über 40 Schüler bedeuten musste“. (HLZ 9/1932, S. 128)

Eine Mitte 1932 vom Schulbeirat geplante zentrale Eltern- und Lehrer- Protestkundgebung scheiterte, „weil die rechte Fraktion im Schulbeirat ihre Teilnahme absagte.“ (Festschrift, S. 112)

Am gravierendsten waren die Auswirkungen für die Junglehrerschaft, die in existenzielle Not geriet. Von daher überrascht es nicht, dass diese in ihren Forderungen massiver und radikaler wurde. Für die nach 1900 Geborenen, für die der Beruf des Volksschullehrers sozialer Aufstieg bedeutete und das Ziel war, worauf sie jahrelang zugearbeitet hatten. Viele kamen nach ihrer Volksschulzeit über Präparandenanstalten und Lehrerseminare, einige hatten, nachdem es in Hamburg seit 1926 möglich war, an der Universität ein Volksschullehrerstudium zu

absolvieren, davon Gebrauch gemacht. Und nun wurde alles infrage gestellt.

„Die Junglehrer besaßen in den ersten vier Dienstjahren noch keinen Beamtenstatus, sondern befanden sich in einem tariflichen, beziehungsweise außerplanmäßigen Anstellungsverhältnis. Das bedingte, dass sie nur 90 % des Anfangsgehalts ihrer zukünftigen Besoldungsgruppe erhielten und ihre Stellung kündbar war. In der Krise führte dieser Umstand dazu, dass die Junglehrer unmittelbar der Existenzbedrohung ausgesetzt waren. Die Gehaltskürzungen der Notverordnungen trafen die Tarifier in gleichem Umfang wie die verbeamteten Lehrer. Hinzu kamen in Hamburg zwei weitere einschneidende Verschlechterungen der materiellen Lage der Junglehrer. Die bereits im Zusammenhang mit dem Sparprogramm des Senats vom August 1931 erwähnte vorsorgliche Kündigung von 314 Tarifiern im Volksschullehrerbereich wurde zwar als Kündigung von der Behörde nicht aufrechterhalten, da sonst wichtige Bereiche der Volksschularbeit vollständig zusammengebrochen wären, so dass die 314 Junglehrer sich die Gehaltssumme von nunmehr nur noch 208 Tarifierstellen teilen mussten. Dies wurde erreicht, indem ein Großteil der Junglehrer auf dreiviertel Stundenzahl bei entsprechend weniger Gehalt gesetzt wurde. Darüber hinaus wurde ihr Gehalt von 90 % des Anfangsgehalts auf 85 % heruntersetzt.

Alle materiellen Einbußen zusammengekommen, erhielt ein Junglehrer am Ende des Jahres 1932 genau 50 % weniger Gehalt als 1930.“ (Hauswedell-Bading, S. 113)

Die H LZ berichtete von dem Fall einer verheirateten Tarifierin mit Kind, der durchaus keine Ausnahme darstellte. Die Junglehrerin war „sukzessive von 296 Reichsmark netto auf 119,86

Reichsmark herabgesetzt (worden). Nach Abzug der Miete und des Fahrgeldes zur Schule blieben zum Leben von drei Personen noch 55 Reichsmark übrig.“ (H LZ 45/1939, S. 645)

Und für alle zukünftigen Lehrer, die nach Beginn der geschilderten Krise ihre Ausbildung beendeten, war die Situation noch katastrophaler. Der in Hamburg beschlossene Einstellungsstopp führte dazu, dass Ende 1932 über 300 Junglehrer in Hamburg arbeitslos waren. Da die Möglichkeiten, sich durch Nebentätigkeiten den Lebensunterhalt zu verdienen, rapide abnahmen, blieb den stellunglosen Junglehrern „bei der verschärften Krise nur eines: die Wohlfahrt“. (H LZ 19/1932, S. 212)

Corinna Hauswedell-Bading berichtet, dass das Problem der Junglehrernot Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit der „Gesellschaft“ zwischen August 1931 und Februar 1932 wurde. Dabei kam es zu verschärften Auseinandersetzungen über die Formen des gewerkschaftlichen Abwehrkampfes und Unterstützungsmaßnahmen der „Gesellschaft“ für die Junglehrer. Nach heftiger Debatte wurde auf einer großen Versammlung am 27. Oktober 1931 beschlossen, unter den Tarifiern eine Urabstimmung über einen Streik herbeizuführen. „Das Ergebnis – 33 Stimmen wurden für den Streik, 192 dagegen abgegeben. Danach erfolgte eine grundsätzliche Debatte in der ‚Gesellschaft der Freuden‘ über Aufgaben und Funktion der Gewerkschaft. „Während einige links vom Vorstand der Gesellschaft stehende, meist in der KPD organisierte oder ihr nahestehende Lehrer die Auffassung vertraten, es sei Aufgabe der Gewerkschaft, gerade angesichts der Krise ‚Streikbereitschaft‘ zu entwickeln und nicht durch Zugeständnisse ‚dem Staat Pflichten abzunehmen‘, hielt der ‚Gesellschafts‘-Vorstand ihnen entgegen, dass

die ‚Gesellschaft‘ erst durch Sich-Selbst-Aufrufen zu solidarischer Opfergemeinschaft den Namen der Gewerkschaft verdient“. (H LZ 5 /1932, S. 62)

Und Hauswedell-Bading stellt fest:

„Dieser Auffassung entsprechend konzentrierten sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten vorrangig auf materielle und juristische Unterstützungsmaßnahmen für die Junglehrer. Es wurde die Einrichtung einer ‚Nothilfe‘, eines Sonderfonds zur finanziellen Hilfe für arbeitslose Mitglieder der ‚Gesellschaft‘ beschlossen und ein Musterprozess gegen den Senat angestrengt, der die Rechtmäßigkeit der Herabsetzung des Tarifsatzes klären sollte, jedoch bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung zu keinem Ergebnis führte.“ (Festschrift, S. 114)

Neben den Junglehrern hatten insbesondere auch die verheirateten Lehrerinnen unter den Krisenfolgen zu leiden. „Mit dem Schlagwort vom ‚Doppelverdienstertum‘ wurde im Reich eine öffentliche Kampagne gegen die Berufstätigkeit der verheirateten Beamtinnen durchgeführt, die die verfassungsmäßig verankerte Gleichberechtigung in der Praxis grundsätzlich infrage stellte und die Funktion erfüllte, die verschiedenen von der Krise betroffenen Gruppen der Lehrerschaft im Kampf um den Arbeitsplatz gegenseitig auszuspielen.“ (Ebd.)

Zunächst wurden die verheirateten Lehrerinnen aufgefordert, zu Gunsten der stellenlosen Junglehrer auf Ihren Arbeitsplatz zu verzichten. Im Oktober 1931 wurden alle verheirateten Lehrerinnen auf 15 Wochenstunden bei entsprechend geringerem Gehalt herabgesetzt. Diese Diskussion hatte also schon infolge der Weltwirtschaftskrise stattgefunden und Folgen gehabt.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurden bis Ende August 1933 103 festangestellte verheiratete Lehrerinnen

aus dem Hamburger Schuldienst entlassen. Dazu kamen 68 noch nicht fest angestellte verheiratete Lehrerinnen, denen ebenfalls gekündigt wurde.

Noch wesentlich größer war die Säuberungsaktion mithilfe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Danach wurden sowohl Beamte „nicht arischer Abstammung“ entlassen, in großem Maße aber auch Lehrerinnen und Lehrer aus politischen Gründen. Ein Großteil der reformpädagogischen Leh-

rer und Schulleitungen wurden entlassen oder in den Ruhestand versetzt, Insgesamt 637 Lehrkräfte wurden aus dem Schuldienst entfernt.

„Die so freigemachten Stellen besetzte Hamburg von 1933-1935 mit insgesamt 468 jungen Lehrerinnen und Lehrer, zumeist nach 1900 geborenen. Dass dies auch zur Stabilisierung des nationalsozialistischen Systems gedacht war, führte Hildegard Milberg aus: „Der nationalsozialistische Staat konnte daher sicher sein, dass er sich die meis-

ten der 1933 Neueingestellten nach den Jahren beruflich ungesicherter Zeit und materieller Not, die sie durchlebt hatten, zu Dank verpflichtet.“ (Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 370)

Darunter waren in der Tat viele Aktivisten, die schon als vergleichsweise junge Pädagogen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) oder als Schulleiter danach Karriere machten.

HANS-PETER DE LORENT

## INTERESSENGEMEINSCHAFT OPPOSITIONELLER LEHRER (IOL)

# Oppositionelle Junglehrer\_innen 1933 von den Nazis verfolgt

Anders erging es denjenigen Altersgenossen, die innerhalb der Gesellschaft der Freunde für radikalere Maßnahmen gegen die Junglehrernot gekämpft hatten. Sie waren zum Teil in der Interessengemeinschaft Oppositioneller Lehrer (IOL) organisiert. Zu ihr gehörten weitgehend junge Lehrerinnen und Lehrer, viele davon KPD-Mitglieder, aber auch Sozialdemokrat\_innen und Parteilose, die das gleiche Schicksal teilten.

Über die Arbeit der IOL und ihre Bedeutung schrieb eines ihrer damaligen Mitglieder, Dietrich Rothenberg, in dem von Reiner Lehberger und mir herausgegebenen Band „'Die Fahne hoch'. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz (Hamburg 1986, S. 146ff.) Diese Gruppe war laut Rothenberg keine grundsätzlich gegen die Gewerkschaftsführung organisierte „Rote Gewerkschaftsopposition“. Das Oppositionelle richtete sich gegen die staatliche Schul-Sparpolitik. Und da hier die existenziellen Interessen der Junglehrerschaft betroffen waren, zeigten sich die Mitglieder der IOL als vehemente Kritiker der Repräsentanten sowohl der staatlichen Schulpolitik als auch derjenigen, die in

den Gewerkschaften aus Sicht der IOL nicht mit aller Kraft dagegen kämpften. Da in Hamburg ein Bündnis von SPD und DDP/Deutsche Staatspartei regierte und führende Vertreter der Gesellschaft der Freunde diesen Parteien angehörten und zum Teil auch Bürgerschaftsmitglieder waren, wurden die Auseinandersetzungen in der Gesellschaft der Freunde sehr unfreundlich und zum Teil sehr persönlich geführt. Besonders der kurzzeitige HLZ-Schriftleiter C. Hermann Müller bezichtigte die von ihm auch namentlich genannt IOL-Mitglieder als kommunistisch gesteuert und erntete massiven Widerspruch.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten kam es sofort zu einer groß angelegten Entlas-

sungs- und Pensionierungswelle.

- Die IOL hatte internationale Kontakte geknüpft und die halfen einem ihrer Sprecher in den Diskussionen innerhalb der „Gesellschaft“, **Albert Fleischer** geb. 1903, der auch einen jüdischen Hintergrund hatte, sein bedrohtes Leben zu retten und 1933 nach Dänemark zu emigrieren.

- **Hans Dibbern** geb. 1902, war seit 1925 Lehrer in Hamburg, Mitglied der KPD und engagiert in der „Gesellschaft“ als Debattenredner. Im März 1933 von den Nazis aus dem Schuldienst entlassen, leitete er eine danach illegale Lehrer-Widerstandsgruppe, die aus sieben Einzelgruppen bestand. Dibbern wurde im Dezember 1933 verhaftet und wegen „Vor-